

Tagesordnung 1 Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 12.08.2004

Vorlage Nr. 04-F-24-0008

***Hartz IV / Kommunales Optionsgesetz
- Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.07.2004 -***

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Ergebnisse im Vermittlungs-ausschuss vom 30. Juni 2004 bzw. die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages vom 3. Juli 2004 zu Hartz IV insofern,

dass den Kommunen ein Ausgleich ihrer Belastungen durch die Übernahme der Unterkunftskosten für erwerbsfähige Hilfebezieher für 2005 in Höhe von 3,2 Mrd. € vom Bund zugesagt wurde;

dass eine Revisionsklausel zugesagt wird, wonach den Kommunen eine regelmäßige Spitzabrechnung zugesagt wird;

die Optionsklausel so gefasst wurde, dass die Kommunen an Stelle der Agenturen für Arbeit die Aufgaben wahrnehmen können.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche finanziellen Auswirkungen die besagten Ergebnisse bzw. Beschlüsse auf die Landeshauptstadt Wiesbaden voraussichtlich haben.

Der Magistrat wird gebeten, für die gemeinsame Sitzung des Ältesten-ausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung in der Sommerpause eine Sitzungsvorlage vorzulegen, ob die Landeshauptstadt Wiesbaden im Sinne der vereinbarten Experimentierklausel optieren soll.

Die Stadtverordnetenversammlung überträgt dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung die endgültige Beschlussfassung, ob die Landeshauptstadt Wiesbaden im Sinne der vereinbarten Experimentierklausel optieren soll.

Protokollnotiz Nr. 0339

Der Punkt 1 (Antrag der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wird durch den neuen Punkt 2 (Sitzungsvorlage 04-V-51-0034) ersetzt.